Tageblatt für Politik. Unterhaltung, Geschäftsverkehr. Börsenbericht. Fremdenliste.
Bezugsgebühr vierteljährlich M. 2.50, durch die Post M. 2.75. — Annahme v. Ankündigungen Marienstr. 38 v. 8–3, Sonntags bis 12 Uhr. In Neustadt: Gr. Klosterg. 5, nur an Wochentagen bis 3 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ungefähr 8 Silben) 15 Pfg., für Montags oder nach Festtagen 20 Pfg. Unterm Strich Eingesandt Zeile 60 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 20 Pfg. Eine Bürgschaft für die nachträgliche Aufnahme der Anzeigen wird nicht gegeben. Auswärtige Ankündigungsaufträge gegen Vorherbezahlung durch Briefmarken oder Postanzahlung.
Für Rückgabe eingesandter Schriftstücke keine Verbindlichkeit.
Ankündigungen nehmen sämmtliche namhafte Vermittelungsstellen an.
Fernsprechstelle Nr. 11.

Dresdner Nachrichten

37. Jahrgang.
Aufl. 54,000 Stück.

Dresden, 1892.

Dr. Kadner's Sanatorium.
Diätetische Kuranstalt. Niederlössnitz b. Dresden.
für Nervenleiden, Blutarmuth, Fettsucht, Diabetes, Gicht, Unterleibsleiden.

N. Salm
(Inh.: Rich. Wiedner)
Special-Fabrik geprägter Siegelmarken
Plauen b. Dr., Kaitzerstrasse 17
(Fernsprechanschluss 1141)
empfiehlt ganz besonders geprägte Packetverschluss- und Schutz-Marken, sowie Signirschablonen, alle Gattungen Farbstempel u. Gravirarbeiten jeder Art.

Marineblaue Cheviots,
absolut ächtfarbig und höchst dauerhafte, solide, elegante Waare, empfiehlt in grösster Auswahl billigst
C. H. Hesse, Marienstrasse 20
(„Drei Raben").

Glaswaaren
jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfehlen in reichhaltiger Auswahl
Wilh. Rihl & Sohn,
Neumarkt 11. Fernsprechstelle 1119.

F. H. Hörichs
9 Moritzstrasse 9 (Fernsprecher 3277),
direct an der König-Johannstr., gegenüber Zacharias.
Bestassortirtes Conserven- u. Delicatessenlager
der inneren Stadt.
Grösste Auswahl. Billigste Preise. Coulante Bedienung.

Maskeradeschmuck,
Colliers, Armbänder, Orden, Diadems, Kronen, Gürtel mit und ohne Münzen und Steinen, sowie Gold- und Silberbesatz.
Grösste Auswahl in allen Preislagen.
Alfred Ulbrich,
Wallstrasse-Antonsplatz 10.

Nr. 23. Spiegel: Etatsberathung im preußischen Landtag. Hofnachrichten, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetensitzung, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. „Undine". Königl. Conservatorium. Joachim-Concert.

Sonnabend, 23. Januar.

Politik,

bearbeitet von Dr. Paul Liman in Dresden.

Der Beginn der Etatsberathung im preußischen Landtage hat dadurch eine gewisse Bedeutung erhalten, daß nicht weniger als vier aktive und ein inaktiver Minister nach einander das Wort ergriffen. Auf Herrn von Caprivi folgte Herr Miquel, auf diesen wiederum Graf Zedlitz, darauf Eisenbahnminister Thielen und schließlich Herr Hobrecht, der jetzt als nationalliberaler Parteiführer ein portefeuilleloses Dasein fristet. Die Mannigfaltigkeit der Ressorts dieser Redner würde schon ohne Weiteres den Rückschluß gestatten, daß in einer vorhergehenden Rede alle möglichen Dinge behandelt worden sein müssen, und ein Kenner der Verhältnisse, der den parlamentarischen Bericht nicht gelesen, würde ohne Weiteres zu dem ferneren Schluß gelangen: Dann hat Herr Rickert vorher gesprochen. Und so ist es auch. Der Mann hat die Schleusen seiner Beredtsamkeit mit der Unaufhaltsamkeit, die ihn schmückt, über Gerechte und Ungerechte losgelassen und nacheinander geredet über die Finanzlage, über Eisenbahnverstaatlichung, Tarifreform, Ausfuhrverbot, Einkommensteuergesetz, Volksschulvorlage, Ministerreisen, offiziöse Presse, Handelsverträge, Stolgebühren, Hr. Huene, Welfenfonds und die Grundsätze des alten Fritz: „Und es wallet und siedet und brauset und zischt, wie wenn Wasser mit Feuer sich menget", pflegte Schiller in solchen Fällen zu sagen und er fährt dann fort: „Und Welle auf Welle ohn' Ende sich dränget, Und wie mit des fernen Donners Getose Entstürzt es brüllend dem finsteren Schooße".

Sachlich ist aus der Verhandlung zunächst Eins interessant, daß nämlich Graf Caprivi in Einem Punkte den alten Kurs aufrecht zu erhalten verspricht, in der Eisenbahnpolitik. Bekanntlich war es eine der größten Thaten des Fürsten Bismarck, die Verstaatlichung der Eisenbahnen durchzuführen und hierdurch den Staat auf eigene Füße zu stellen, den Verkehr aber unabhängig zu machen von den Spekulationen des privaten Kapitalismus. Diese Einrichtung hat sich im Prinzip in großartigstem Maßstabe bewährt, wenn auch die mißverständliche Auffassung, die Bahnen in erster Linie als Einnahme-Maschinen zu betrachten, zu manchen Unzuträglichkeiten führte. Gerade in dem Bismarck'schen Verstaatlichungssystem kam der Gegensatz zwischen dem gesunden Sozialismus, wie ihn später die große Botschaft predigte, und der manchesterlichen Lehre vom Rechte des Einzelnen zu scharfem Ausdruck. Bei der wiederholten Neigung des neuen Kurses, in allen Dingen eine dem Fürsten Bismarck entgegengesetzte Politik zu befolgen, mochte der deutschfreisinnige Redner annehmen, daß er mit seinem Vorschlage, die Bahnen an Bankiers zu verpachten, Glück haben werde. Erfreulicherweise hat er sich hierin wenigstens getäuscht. Graf Caprivi hat die Ideen Rickert's und seiner Freunde entschieden zurückgewiesen, indem er nicht nur militärische, sondern auch politische und wirthschaftliche Gesichtspunkte als entscheidend für sein Festhalten an der bisherigen Praxis aufstellte. Man wird sich dieses Eintretens für die altbewährte Praxis nur freuen dürfen, andererseits aber ist der Vorstoß Rickert's bezeichnend für die Wünsche und Hoffnungen, denen sich die Börsendemagogie dem neuen Kurse gegenüber hingeben zu können glaubt. Es wäre in der That doch auch gar zu schön, wenn, um nur einen Punkt herauszuheben, bei einer Mobilmachung nicht der Staat über die Eisenbahnlinien verfügte, sondern unsere geschätzten Freunde aus Jerusalem.

Die durch Herrn Rickert überflüssigerweise schon jetzt beliebte Anzapfung betreffs der Volksschulvorlage, mit der die Welt wohl ohnehin noch durch manches Stündlein gefüttert werden wird, gab dem Reichskanzler Gelegenheit, sein politisches System von Neuem darzulegen. Er erklärte es, wie im Reichstage, für unmöglich, daß die Regierung eines monarchischen Staates sich heutzutage auf bestimmte Parteien stützt. Eine Regierung dürfe sich niemals verpflichten, auf die Dauer mit gewissen Parteien zu gehen, und er halte daher noch heute an dem Standpunkte fest: „Wir werden das Gute nehmen, wo wir es finden." Abgeordneter Knörcke that hiernach den Ruf: „Wenn's weiter nichts war!" Man wird zugestehen, daß diese Aeußerung des Grafen Caprivi an sich etwas Bestechendes hat, abgesehen von der Befürchtung, daß gelegentlich, wenn man nicht äußerst geschickt operirt, eine Partei nach der anderen vor den Kopf gestoßen wird, und daß, wenn Niemand recht weiß, auf welche Partei sich die Regierung morgen stützen wird, die Beunruhigungsmücke allmählich zu einem Beunruhigungselephanten anschwellen kann. Sieht man aber etwas genauer zu, so wird man zwischen diesem Grundsatz des Kanzlers, nach dem er seine innere Politik regelt, und den in der äußeren Politik befolgten Grundsätzen eine frappante Aehnlichkeit finden. Man braucht nicht so boshaft zu sein, an die berühmte Osnabrücker Rede zu erinnern, sondern kann einfach des Satzes eingedenk sein: „Eine günstige Konstellation in Europa hat es veranlaßt, daß wir überhaupt wenig Verhandlungen hatten, die Dinge sind einfach verlaufen", um hier wie dort den Mangel einer belebenden Initiative zu entdecken. Es giebt wirklich über das geschickte Laviren hinaus geschichtliche Ziele und nationale Aufgaben, die nicht erreicht werden, wenn der Steuermann das Schiff den Wellen überläßt, sondern nur dann, wenn er „das Schiff über Klippen hinweg und durch die Brandung an einen bestimmten Punkt führt." Die Gegensätze in unserem Parteileben sind so scharf, der Unterschied in der Weltanschauung des nationalen und des internationalen Elements so ungemein deutlich, daß der Ausgleich um jeden Preis unthunlich und, wenn er versucht wird, verderblich ist. Unsere Zeit schickt sich an, aufzuräumen mit den Idealen der Achtundvierziger, aufzuräumen mit den morschen Gebilden einer untergehenden Zeit, und an die Stelle jener Generationen, die uns die Freizügigkeit, die Schacherfreiheit und alle [illegible] die nicht den Blick hinausschweifen lassen über die Grenzen in weltbürgerliche Nebelregionen, sondern die ein starkes nationales Leben emporsprießen lassen wollen, auch wenn manche „Alten" verständnißlos den Kopf schütteln, der im Jahre 1848 über die Barrikaden lugte. Die Parteibildungen, wie sie jetzt bestehen, sind ein historischer Widersinn geworden, das hat die Abstimmung über die Handelsverträge selbst für den Blinden erwiesen; sie sind morsch geworden, und es ist nicht gut, sich auf einen morschen Stab zu stützen. Besser wäre es, sich aus deutschem Kernholz einen neuen Stock zu schnitzen, aus dem Kernholz, wie es z. B. im Sachsenwalde wächst, und klar bewußt die Führung der nationalen Elemente zu einem nationalen Ziele zu übernehmen. Die parlamentarischen Augenblicks-Erfolge würden alsdann vielleicht geringer sein, aber Hr. von Caprivi könnte sich dafür mit dem Bewußtsein trösten, daß das Parlament, und am wenigsten der jetzige Reichstag, nicht entfernt die Volksstimmung wiederspiegelt; er würde dann vielleicht auch zu der richtigen Erkenntniß gelangen, daß es weniger auf Parlamentsstimmungen, als auf Volksstimmungen ankommt.

Ueberaus bezeichnend und lehrreich sind zwei kleine Vorkommnisse, die ganz parallel laufen. Bei der Berathung der Handelsverträge rief bekanntlich der Abgeordnete Bamberger, leider Gottes mit vollem Rechte, einem nationalen Abgeordneten zu: „Heut lach' ich." Bei der Besprechung des Volksschulgesetzes lachte Graf Zedlitz, und Bamberger's Freund Rickert schrie ihn wüthend an: „Das Lachen, Herr Minister, wird Ihnen schon noch vergehen!" Es lacht eben an jedem Tage ein Anderer, und das ist nicht gut. Denn die stete Abwechselung zwischen Lachen und Weinen macht nervös, und Nervosität ist für Völker das Unersprießlichste. Klarheit und Entschiedenheit auf diesem oder jenem Wege, Deutlichkeit der Ziele, mögen sie so oder so gestaltet sein, das ist das, was man vermißt, und das ist auch der Grund, warum selbst das Lachen nie recht herzlich klingt. Denn wer mag lachen, wenn er vielleicht kurz darauf weinen muß?

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Januar.

Berlin. Der Reichstag trat in die erste Berathung des Handelsvertrages mit der Schweiz ein. — Staatssekretär Frhr. v. Marschall: Der Vertrag schließe sich eng an die Verträge mit Oesterreich und Italien an. Er finde am meisten Beanstandung, aber man frage immer nur, welche Vortheile bringe der Vertrag, nicht, welche Nachtheile würden eintreten, wenn der Vertrag mit der Schweiz nicht zu Stande komme. Die Tarifverträge stünden nicht im Widerspruch mit dem Schutzzollsystem, sondern sind eine Consequenz desselben. Ebenso falsch sei es zu sagen, daß Deutschland durch seine Schutzzollpolitik erst den Anstoß zu der europäischen Schutzzollpolitik gegeben habe. Schutzzölle hätten längst vor 1879 in den verschiedensten Staaten Europas bestanden. Es widerspreche den Thatsachen, angesichts der Verträge von einer Niederlage des Schutzzollsystems zu sprechen. Er halte dasselbe für so gesund, daß er nicht darnach frage, wie andere Länder dazu gekommen seien, zum Schutzzoll überzugehen. Mit dem Meistbegünstigungsvertrage mit der Schweiz hätten wir nur deshalb so gute Geschäfte gemacht, weil die Schweiz eine der unsrigen entgegengesetzte Wirthschaftspolitik eingeschlagen. Das höre aber mit dem 1. Februar auf. Hätte die Regierung einen neuen Vertrag nicht geschlossen, nachdem der alte unbrauchbar geworden, so würden gerade die Gegner des vorliegenden Vertrages die Regierung der Unfähigkeit bezichtigt haben. Wir seien ja stark genug, um einem Zollkrieg mit der Schweiz ruhig entgegensehen zu können. Aber einen solchen breche man denn auch mit einem Staate, mit dem man bisher in guten Beziehungen gestanden, ohne Noth nicht vom Zaune. Der bisherige deutsche Vertrag mit der Schweiz beruhe auf dem schweizerisch-französischen Vertrage. Für die schweizerischen Concessionen habe Frankreich sehr weitgehende Concessionen gewährt gehabt, viel weitergehende, als wir jetzt gewähren. Da können wir doch nicht verlangen, daß wir nun von der Schweiz dieselben Concessionen erhalten, die sie seiner Zeit an Frankreich für viel größere Gegenleistungen zugestanden hatte und von denen wir nur auf Grund der Meistbegünstigung profitirt hatten. Durch die Verträge werde das Schutzzoll-System erst zur vollen Wirkung gebracht. Die Beunruhigung der Schutzzöllner habe ihren Grund wohl in dem Jubel der Freihändler über die Verträge und die Freude der Freihändler steigere die Beunruhigung der Schutzzöllner. Ueber den Schweizer Generaltarif dürfen wir nicht so erregt sein, denn er entspricht im Allgemeinen unserem Zolltarife und wir schließen Verträge mit Staaten, die ein ähnliches Wirthschaftssystem haben wie wir. Ein papierner Popanz sei der Generaltarif nicht, sondern ein nach schweren Kämpfen zu Stande gekommenes Werk. Wenn wir mit anderen Staaten keine Verträge schließen, werden wir auf dem Schweizer Markte, vermöge unseres Conventionaltarifs, die Meistbegünstigung haben. Schließen sie Verträge mit anderen Staaten, so kommt uns das zu Gute. Die verbündeten Regierungen hielten an dem Course fest, den sie für richtig hielten und führten mit diesen Verträgen unsere bisherige bewährte Wirthschaftspolitik um eine gefährliche Klippe herum. (Beifall). — Abg. Graf Kanitz (kons.): Nicht um einen Uebergang zum Freihandel handele es sich bei diesen Verträgen, wohl aber um eine gefährliche Wendung. Wir binden uns damit die Hände und geben unsere Aktionsfreiheit auf. Wir haben Oesterreich und Italien weitgehende Concessionen gemacht und diese Concessionen fallen ohne Weiteres allen den Ländern zu, welche die Meistbegünstigung haben, namentlich auch Amerika. Durch die Verträge würden uns große Opfer und Nachtheile zugemuthet, besonders durch den Vertrag mit der Schweiz, obgleich es sich bei der Schweiz größtentheils um Erzeugnisse handle, bezüglich deren sie auf das Ausland angewiesen sei. Der Schweizerische Generaltarif hätte nie zur Grundlage von Verhandlungen mit der Schweiz gemacht werden dürfen. Oesterreich habe zwar auch auf Grund dieses Tarifes mit der Schweiz verhandelt, aber bedeutend mehr herausgeschlagen wie wir. Die „Köln. Ztg." habe mit Recht gesagt, daß bei Verhandlungen eines großen mit einem kleinen Staate der große doch niemals in solchem Maße den Kürzeren gezogen habe, wie Deutschland in seinen Verhandlungen mit der Schweiz. Schwer geschädigt werde durch den Vertrag u. A. die deutsche Baumwollenindustrie, der zudem die österreichischen Concessionen gar nichts nützten. Als die Schweiz mit ihrem Generaltarif kam, hätten wir ihr mit Repressalien drohen und ihr klar machen sollen, daß sie viel mehr von uns abhänge, als wir von ihr. Landwirthschaftliche Interessen seien von dem Vertrag nicht berührt, aber die Interessen der Landwirthschaft und Industrie seien solidarisch verbunden. Von diesem Grundsatze gehe er nicht ab und deshalb stimme er gegen den Vertrag. — Abg. Dr. Bamberger (freis.): Aus den Kreisen der meistbetheiligten Industrieen, der Eisen-, Textil- und chemischen Industrie seien keine Stimmen gegen den Vertrag laut geworden. Um landwirthschaftliche Interessen [illegible] den Landwirthen gegenüber eine sympathischere Behandlung angezeigt als der Industrie. Denn in der großen wirthschaftlichen Entwickelung der letzten 10 Jahre habe sie viel weniger Schritt halten können als die Industrie. Die deutsche Industrie sei stark genug, den Kampf im internationalen Wettbewerb aufnehmen zu können. Gegen den Vertrag wurde angeführt: Wir hätten mehr Concessionen erlangen und weniger Concessionen machen sollen. Dasselbe werfen aber auch die Schweizer ihrer Regierung vor. Was unsere Concessionen anlangt, so handle es sich um Industrieen, für die vor 10 bis 12 Jahren Schutz verlangt wurde, damit sie sich entwickeln konnten. Eine deutsche Industrie, die in 10 bis 12 Jahren des Schutzes noch nicht genügend erstarkt sei, wird sich überhaupt nicht entwickeln können; wenn man sich die Folgen eines Zollkrieges vergegenwärtige, sei sicher anzunehmen, daß auch die, die gegen die Verträge stimmen, es sich, wenn sie auf den Regierungsbänken säßen, zweimal überlegen würden, ob sie ihn entfachen sollten. Die Verträge seien noch lange kein Freihandel. Aber es werde damit doch endlich an das exorbitante und extravagante Schutzzollsystem Bresche gelegt. — Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.): Wenn wir 1879 unseren Zolltarif nicht gemacht hätten, so würden wir heute von der Schweiz keinerlei Concessionen erhalten haben. Die Eisenindustrie werde von dem Vertrage mit der Schweiz nicht berührt. Die chemische Industrie habe Vortheile davon. Die Textilindustrie habe sich allerdings gegen den Vertrag gewendet. Er stimme für den Vertrag, trotzdem derselbe für uns ungünstiger sei als das bisher bestandene Verhältniß. Er stimme dafür, weil in vertragsloser Zeit die deutsche Industrie aus der Schweiz verdrängt werden könnte, weil die Concessionen, die sich die Schweiz und Frankreich bei einem zwischen beiden abzuschließenden Vertrage etwa machen, auch dann Deutschland zu Gute kommen und vornehmlich, um eine Beruhigung zu schaffen, an der es jetzt fehle. Er erblicke in den Handelsverträgen eine Sanctionirung der 1879er Wirthschaftspolitik, die er als eine der unsterblichsten Thaten des Fürsten Bismarck betrachte, die unser Vaterland zu ungeahntem Wohlstande geführt und den Arbeitern Löhne gebracht habe, die früher unmöglich waren. (Widerspruch links). Das beweist die Lohnstatistik. Er habe das vollste Vertrauen, daß die jetzige Regierung an dem Schutze der vaterländischen Arbeiter festhalte. (Beifall). — Abg. v. Bennigsen (nat.-lib.) empfiehlt, daß eine frei aus dem Hause sich bildende Gruppe den Vertrag zwischen der 2. und 3. Lesung erörtere, um bestehende Mißverständnisse zu beseitigen. Es sei richtig, daß die Schweiz in Bezug auf Kohlen, Eisen ꝛc. auf das Ausland angewiesen sei. Aber gerade deshalb müsse sie sich auf die Industrie und zwar auf Exportindustrie legen. Pressionsmittel der Schweiz gegenüber hätten vielleicht zu einem Erfolge geführt, aber es sei doch zu bedenken, daß das wachsende Ansehen, dessen sich Deutschland fortgesetzt zu erfreuen habe, daraus entspringe, daß Deutschland seine Macht niemals gemißbraucht habe. Hoffentlich führten die Handelsverträge auch zu einer Annäherung der verschiedenen liberalen Gruppen und damit zu einer Gesundung unserer Parteiverhältnisse. Die liberalen Grundsätze fänden heute weniger Berücksichtigung als ihnen zukomme. Zu einer solchen Annäherung aber sei erforderlich, daß die wirthschaftlichen Trennpunkte in den Hintergrund treten. Ein gemäßigter Schutz sei für die Industrie wie für die Landwirthschaft nöthig. Er hofft schließlich von den Verträgen eine ähnliche Wirkung, wie sie der Zollverein geübt: eine Annäherung der menschlichen und politischen Beziehungen. (Beifall). — Weiterberathung morgen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus beendete heute die 1. Berathung des Etats. Abg. Graf Limburg-Stirum vertheidigte die Eisenbahnverstaatlichung und befürwortete Ersparnisse. Der Landwirthschaft nehme man scheffelweise, indem man ihr den Zollschutz entziehe, und man gebe ihr löffelweise mit der Forderung für den Neubau eines landwirthschaftlichen Museums. Den Etat auf Jahre hinaus mit Millionen für den Dombau zu belasten, sei die Zeit nicht angethan. Die Tarifreform anlangend, dürfe man Einnahmen nicht weggeben, denn an den Ausgaben lasse sich im Allgemeinen nichts sparen. — Abg. Frhr. v. Huene bestreitet, daß die Handelsverträge die Landwirthschaft schwer schädigen würden. Sie seien für das Wohl des Ganzen nöthig. — Abg. Frhr. v. Zedlitz wendet sich namentlich gegen die Schulvorlage, die von der vorjährigen ganz und gar abweiche. Es zeige sich daran der Mangel eines festen Kurses. — Ministerpräsident Graf Caprivi hielt den Unterschied zwischen dem jetzigen und vorjährigen Volksschulgesetzentwurfe nicht für so tiefgehend. Die katholische Kirche werde zufriedengestellt werden, denn in heutiger schwerer Zeit müsse man alle Kräfte zusammenfassen. Die Schule brauche die Religion und damit die Konfession. — Abg. Sattler (nl.) kritisirt namentlich das Schulgesetz und die Polenpolitik. — Kultusminister Graf Zedlitz vertheidigt Beides. — Abg. Rickert erklärt, daß die Freisinnigen das Schulgesetz ablehnten, die Polenpolitik aber unterstützten. — Abg. Boediker spricht gegen übertriebene Sparsamkeit. In Berlin fehlten allein 143 Richter, während der Etat nur 3 fordere. — Montag 1. Berathung des Volksschulgesetzes.

Berlin. Der Bundesrath stimmte heute dem Uebereinkommen mit Italien über den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz zu. — Die Kommission des Reichstags hat das Gesetz, betr. die Anwendung der vertragsmäßigen Zollsätze auf das am 1. Februar 1892 in Deutschland vorhandene unverzollte Getreide dahin erweitert, daß sie die in dem Gesetze stipulirten Vergünstigungen sämmtlichem Getreide, also auch dem in Mühlenlagern, den Mühlenprodukten, dem Bau- und Nutzholz und dem Weine sichert.

* **Berlin.** Die Kriminalpolizei von Charlottenburg hob eine Falschmünzerwerkstatt auf, wo Ein- und Zwei-Markstücke fabrizirt worden waren. Die Fälscher befanden sich bei der Anfertigung der Gypsformen, als sie von den Beamten überrascht wurden.

Breslau. In dem russischen Städtchen Slobodskoi im Gouvernement Wjatka ist am russischen Drei-Königstage während des Gottesdienstes das Portal der Kirche eingestürzt. Mehr als 50 Personen sind dabei getödtet bez. verwundet worden.

Breslau. Die Schlesische Zeitung erfährt aus Kattowitz, daß bei der Zulassung fremder Arbeiter künftig erhebliche Erschwerungen in Aussicht stehen.

Wien. Der Staatsanwalt hat die Anklage gegen den Redakteur des Wiener Tageblattes wegen der durch eine Mittheilung des Blattes im November v. J. hervorgerufenen Börsenpanik eingestellt.

Paris. Das „Journal officiel" wird demnächst ein Dekret veröffentlichen, wonach der Generalstab und das Kabinet des Marineministers reorganisirt werden. Der Chef des Generalstabes soll zugleich Chef des Kabinets sein und unter Verantwortlichkeit des Minister sich mit alledem beschäftigen, was die Vorbereitungen zum Kriege betrifft. Unter seinem direkten Befehle werden sämmtliche Generale und die Offiziere der Marine stehen.

Petersburg. Von mehreren Seiten ist hier bei der Regierung angeregt worden, gewissermaßen eine allgemeine Dienst- [illegible]

Pfund's sterilisirte (keimfreie) **Kindermilch.** Trockenfütterung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.